



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG
FORSTDIREKTION

Regierungspräsidium Freiburg · Landesforstverwaltung · 79095 Freiburg i. Br.
Zustellungsurkunde

Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH
Braunsbergweg 5
74676 Niedernhall



**83 Waldpolitik und Körper-
schaftsforstdirektion**

Freiburg im Breisgau 27.01.2025
Name [REDACTED]
Durchwahl [REDACTED]
Aktenzeichen RPF83-8881-1967/2/2
(Bitte bei Antwort angeben)

Kassenzeichen: 2500158000313


Bitte bei Zahlung angeben!

Zahlungsempfänger: Landesoberkasse BW Karlsruhe

IBAN: DE02 6005 0101 7495 5301 02

BIC: SOLADEST600

Betrag: [REDACTED]

 Waldumwandlungsgenehmigung gemäß §§ 9 und 11 Landeswaldgesetz (LWaldG)
zwecks Zuwegung zur Windenergieanlage "WEA IV Bretzfeld-Obersulm" der Bürger-
windpark Hohenlohe GmbH auf Gemarkung Obersulm

Ihr Antrag vom 03.09.2024, eingegangen bei der höheren Forstbehörde am
04.12.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag bezüglich einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß §§ 9,11
Landeswaldgesetz (LWaldG) zwecks Zuwegung zur Windenergieanlage "WEA IV
Bretzfeld-Obersulm" ergeht in Abstimmung mit der unteren Forstbehörde sowie der
unteren Naturschutz-, Wasser- und Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Heil-
bronn nachfolgender Bescheid.

BESCHEID

1. Forstrechtliche Entscheidung

- 1.1. Die dauerhafte Umwandlung von ca. **468 m²** Wald auf einer Teilfläche des Flurstücks Nr. 1088 auf Gemarkung Obersulm wird von der höheren Forstbehörde gemäß § 9 LWaldG entsprechend der vorgelegten Unterlagen und Lagepläne genehmigt.
- 1.2 Die befristete Umwandlung von ca. **653 m²** Wald auf Teilflächen des Flurstücks Nr. 1088 auf Gemarkung Obersulm wird von der höheren Forstbehörde gemäß § 11 LWaldG entsprechend der vorgelegten Unterlagen und Lagepläne genehmigt.

Flurstück	Gemarkung	Waldbesitzer	Waldumwandlung nach § 9 LWaldG (dauerhaft) in m ²	Waldumwandlung nach § 11 LWaldG (befristet) in m ²
1088	Obersulm	Forst Baden-Württemberg AöR (ForstBW)	468	653

- 1.3 Die Auswirkungen der vorgesehenen Planung auf die Ziele der Verordnung des Umweltministeriums über den Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ vom 21.06.1993, zuletzt geändert durch die Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Änderung der Verordnung über den Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ vom 31.08.2020, wurden geprüft. Die erforderliche Erlaubnis gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 4 der VO wird hiermit erteilt.

2. Nebenbestimmungen

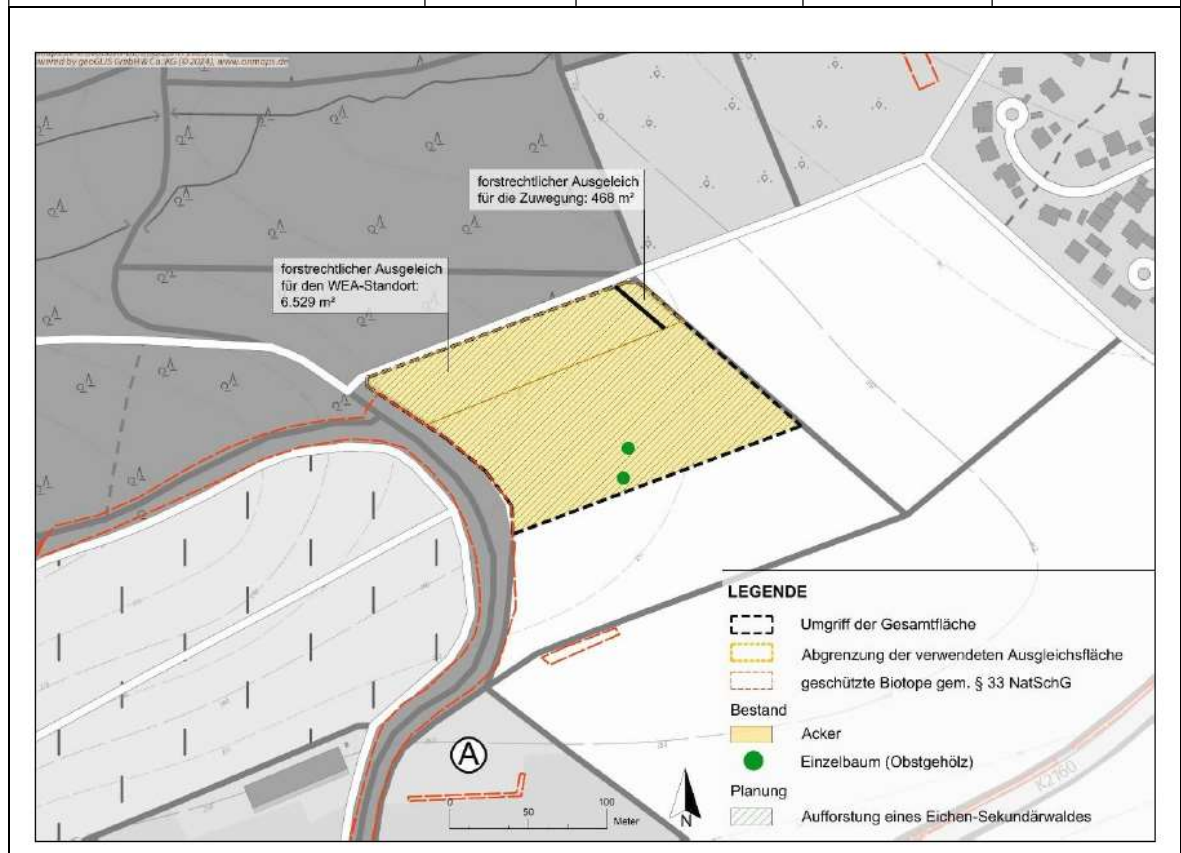
- 2.1 Die forstrechtliche Genehmigung erlischt, wenn mit der genehmigten Waldinanspruchnahme nicht bis zum **31.01.2028** begonnen wurde. Eine Verlängerung der Frist ist auf Antrag möglich.
- 2.2 Die genehmigte Waldinanspruchnahme ist in Abstimmung mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde beim Landratsamt Heilbronn zu vollziehen. Dies erfolgt unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf die angrenzenden, verbleibenden Waldbestände. Vor diesem Hintergrund sind nachfolgende Punkte durchzuführen und einzuhalten:
- Vor Beginn der Rodungsarbeiten, sind die exakten Umwandlungsflächen gemäß den eingereichten Antrags- und Planunterlagen entsprechend sichtbar zu markieren. Beispielsweise genügt hierfür die erste Baumreihe außerhalb der Umwandlungsflächen farblich sichtbar zu kennzeichnen.
 - Auf Waldflächen außerhalb der gekennzeichneten Waldumwandlungsflächen sind Baustelleneinrichtungen, Befahrung und die Lagerung von Material (z.B. Bodenaushub) ausgeschlossen.
 - Bäume außerhalb des Baufelds dürfen nicht beschädigt werden.
 - Soweit entlang der Zuwegung ein Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern zur Freihaltung des Lichtraumprofils erfolgen muss, ist dies vorab mit dem betroffenen Waldbesitzer und der zuständigen unteren Forstbehörde abzustimmen.
 - Soweit im Zusammenhang mit dem beantragten Vorhaben Schäden an verbleibenden Waldwegen (inkl. Wasserableitungssysteme) entstehen, sind diese nach Abschluss der Bauarbeiten unverzüglich in Abstimmung mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde zu beheben.

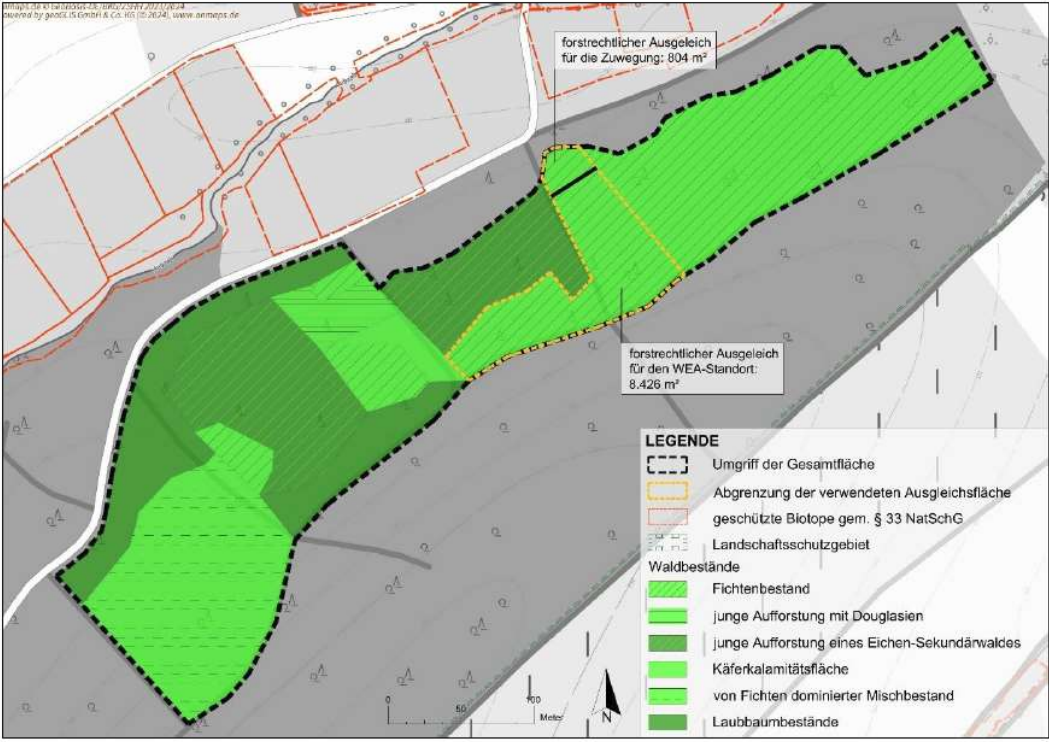
2.3. Forstrechtlicher Ausgleich

Zum Ausgleich für den Verlust an Schutz- und Erholungsfunktion des dauerhaft umgewandelten Waldes sind gemäß § 9, Abs. 3, Nr. 1 LWaldG nachfolgend aufgelistete forstrechtliche Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Die Ausgleichsmaßnahmen sind unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf von 3 Jahren ab Eintritt der Bestandskraft dieser Entscheidung in Abstimmung mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde umzusetzen. Eine Verlängerung der Frist ist bei plausibler Begründung auf Antrag möglich.

Entsprechen die umgesetzten Ausgleichsmaßnahmen nicht den forstlichen Mindestanforderungen, so hat der Antragsteller unverzüglich solange nachzubessern, bis die Mindestanforderungen erfüllt sind. Sollten die Ausgleichsmaßnahmen auf der/den o.g. Fläche/n nicht herstellbar oder aus sonstigen Gründen nicht realisierbar sein, ist der Antragsteller verpflichtet, den forstrechtlichen Ausgleich an anderer Stelle im gleichen Umfang und in gleicher Qualität umzusetzen. In diesen Fällen ist unverzüglich die Abstimmung mit der höheren Forstbehörde zu suchen und unter Beifügung entsprechender Unterlagen zur geänderten Planung dort ein Antrag auf Änderung des forstrechtlichen Ausgleichs zu stellen.

Forstrechtlicher Ausgleich	Flst. Nr.	Gmkg. / Gmd.	Arbeitsfläche	Anrechenbarer Ausgleich
Neuaufforstung	715	Zaberfeld	468 m ²	468 m ²



Forstrechtlicher Ausgleich	Flst. Nr.	Gmkg. / Gmd.	Arbeitsfläche	Anrechen- barer Aus- gleich
<p><u>Anmerkung / weitergehende Anforderungen:</u> Zielbestockung Eichen-Sekundärwald</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Bepflanzung der Fläche erfolgt mit ca. 5.000 Pflanzen/ha (Pflanzverband: 1 x 2 m). Als Hauptbaumart soll die Traubeneiche (60%) etabliert werden. Feldahorn (10%) und Hainbuche (10%) haben in einzelbaumweiser Mischung eine dienende Funktion. Trupp- bis gruppenweise werden Speierling (5%), Wildbirne (5%) und Elsbeere (10%) eingebracht. Nachbesserungen sowie ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen (u.a. Schutz vor Wildschäden) und Kultursicherung sind durchzuführen Die Maßnahmenverpflichtung ist erfüllt, wenn der Zustand „gesicherte Kultur“ (Jungbestand mit durchschnittlicher Oberhöhe von 2,5 m; Einschätzung uFB) mit oben dargestellter Baumartenzusammensetzung erreicht ist 				
<p>Schutz- und Gestaltungsmaß- nahme</p> <p>Waldumbau</p> <p>Umbau eines labilen Fichtenbe- standes zu Eichen-Sekundärwald</p>	2100/1	Obersulm	804 m ²	402 m ²
				

Forstrechtlicher Ausgleich	Flst. Nr.	Gmkg. / Gmd.	Arbeitsfläche	Anrechenbarer Ausgleich
<u>Anmerkung / weitergehende Anforderungen:</u> <u>Waldumbau von Fichte zu Eichen-Sekundärwald.</u> <ul style="list-style-type: none"> Der Altbestand (Fichtenbestand) wird vollständig geräumt, inklusive Rücken und Abfahren des Holzeinschlages. Gipfel und Reisig wird gehackt und abtransportiert. Aufgrund des Altbestandes ist voraussichtlich keine weitere Kulturvorbereitung erforderlich. Es ist ein Pflanzverband von 3 x 1 m (entspricht ca. 3.000 Pflanzen/ha) vorgesehen. Folgende Gehölze sind für den Waldumbau zu verwenden: <ul style="list-style-type: none"> führende Hauptbaumart: Traubeneiche 70 % Mischbaumarten: Elsbeere 10 %, Winterlinde 10 %, Hainbuche 5 %, Feldahorn 4 %, Wildbirne 1 % Nachbesserungen sowie ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen (u.a. Schutz vor Wildschäden) und Kultursicherung sind durchzuführen Die Maßnahmenverpflichtung ist erfüllt, wenn der Zustand „gesicherte Kultur“ (Jungbestand mit durchschnittlicher Oberhöhe von 2,5 m; Einschätzung uFB) mit oben dargestellter Baumartenzusammensetzung erreicht ist 				

- 2.4 Die unter 1.2 genannten Flächen bleiben Wald im Sinne von § 2 Abs. 2 LWaldG und sind unmittelbar nach Abschluss der Baumaßnahmen ordnungsgemäß nach dem Stand der Technik (vgl. Broschüre „Forstliche Rekultivierung“, Schriftenreihe der Umweltberatung im Iste; Band 3., überarbeitete Auflage; ISBN Nr. 978-3-323107-59-9) und in Abstimmung mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde nach ggf. durchzuführender Tiefenlockerung ordnungsgemäß forstlich zu rekultivieren und mit standortsgerechten Baumarten wieder aufzuforsten.
- Die Dauer der befristeten Inanspruchnahme ist so gering wie möglich zu halten und wird auf max. 5 Jahre festgesetzt. Spätestens bis zum **31.01.2030** ist deren Rekultivierung und Wiederaufforstung abzuschließen.
 - Die Umsetzung der Rekultivierung und Wiederaufforstung befristet umgewandelter Waldflächen ist den Forstbehörden unaufgefordert anzuzeigen.
 - Entspricht das Rekultivierungsergebnis nicht den forstlichen Mindestforderungen, so kann die Herstellung des erforderlichen Zustands auf Kosten des Rekultivierungspflichtigen verlangt werden.
 - Die bezüglich der Rekultivierung temporär in Anspruch genommenen Flächen unter Kap.10.2.4. der „Umweltverträglichkeitsstudie mit integriertem

Landschaftspflegerischen Begleitplan“ bzw. unter Kap. 3.3 der „Nachforderungen zur Umweltverträglichkeitsstudie inkl. Landschaftspflegerischem Begleitplan“ dargestellten Maßnahmen, sind umzusetzen.

- Die Rekultivierungs- und Wiederaufforstungsverpflichtung gilt erst dann als erfüllt, wenn der Zustand der gesicherten Verjüngung (Oberhöhe von durchschnittlich 2,5m) erreicht ist und von unteren Forstbehörde bestätigt wurde.

2.5 Naturschutz

Nach Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Heilbronn werden folgende Nebenbestimmungen aufgenommen:

- 2.5.1 Potentielle Quartierbäume sind vor Fällung mit geeigneten Maßnahmen (z.B. Endoskop) auf eine mögliche Belegung von besonders geschützten Fledermaus- und Vogelarten zu prüfen und bei positivem Befund sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und das weitere Vorgehen mit dem Landratsamt Heilbronn, SG 30.4 Naturschutz, abzustimmen.

Es ist gutachterlich nachzuweisen, dass keine winterschlafenden Fledermäuse betroffen sind. Sind Tiere betroffen, sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und das weitere Vorgehen mit dem Landratsamt, SG 30.4, abzustimmen.

Die Hiebmaßnahmen sind vorzugsweise vom bestehenden Weg mittels Teleskoparm, ansonsten nur motormanuell und einzelstammweise durchzuführen. Ein Herausziehen ganzer Stämme mittels Schlepper / Seilwinde ist nicht zulässig.

Zum Schutz der Haselmaus dürfen die Gehölze/Bäume über dem Boden auf Stock gesetzt werden.

- 2.5.2 Die Wurzelstockrodung und die Baufeldfreimachung ist wie folgt zulässig:

Die Fällung, Baufeldfreimachung und die Wurzelstockrodung ist grundsätzlich durch die Ökologische Baubegleitung (ÖBB) zu überwachen und zu begleiten. Der Zeitpunkt der Baufeldfreimachung ist durch die ÖBB festzulegen.

Vor Beginn der Baufeldräumung sind die Eingriffsflächen durch eine ÖBB hinsichtlich vorhandener Nester zu kontrollieren. Sollen Bruttätigkeiten auf den Eingriffsflächen festgestellt werden, sind die Arbeiten unverzüglich bis Beendigung der Bruttätigkeit einzustellen.

- 2.5.3 Die Vergrämung von streng geschützten Tieren (Haselmäuse, Gelbbauchunken, Zauneidechsen) und bodenbrütenden Vögeln aus dem Baufeld ist gemäß der Maßnahme Vvm 11 – V3 der Umweltverträglichkeitsstudie mit integriertem Landschaftspflegerischer Begleitplan (Stand: 27.06.2023, zuletzt geändert am 03.09.2024) einschließlich der nachfolgenden Abweichungen/ Ergänzungen zulässig.

Bei einer Wurzelstockrodung im Zeitraum 15.08. – 30.09 sind im vorherigen Winter beim Fällen bzw. oberirdischem Abschneiden aller Bäume/Gehölze auch die Strauchschicht zu entfernen und aus dem Eingriffsbereich zu verbringen.

Es ist sicherzustellen, dass an das Baufeld direkt angrenzende nachgewiesene und/ oder potentielle Habitatflächen durch das Vorhaben (bspw. Überführung, Lagerung von Material) nicht beeinträchtigt werden. Die Habitatflächen sind durch die ÖBB auszuweisen, mittels geeigneter Maßnahmen (bspw. Absperrung mit Absperrband, Bauzäune) zu sichern und die Baufirmen zu informieren.

Das Baufeld ist zum Schutz von Amphibien bzw. Reptilien mit einem Amphibien- bzw. Reptilienzaun abzugrenzen. Die Lage der Amphibien- bzw. Reptilienschutzzaune ist von der ÖBB festzulegen. Innerhalb des Zauns sind alle Amphibien zu bergen und in angrenzende Waldabschnitte mit Lebensraumeignung zu verbringen.

Ebenso sind im Eingriffsbereich kontinuierlich im Hinblick auf die Bildung von Kleinstgewässern, wie Fahrspuren oder Tümpel zu kontrollieren. Sollten sich solche Strukturen gebildet haben, sind diese durch die ÖBB zu überprüfen und bei negativem Besatz zu beseitigen (z.B. Verfüllen, Einebnen). Sind Gelbbauchunken oder andere besonders geschützte Amphibienarten vorhanden sind diese durch die ÖBB fachgerecht zu bergen und in geeignete angrenzende Waldabschnitte mit Lebensraumeignung außerhalb des Baufeldes zu verbringen bzw. bei Bedarf in zuvor geschaffene geeignete Ersatzhabitate im räumlichen Umfeld zu verbringen.

Es ist jeweils nach Abschluss der arbeitstäglichen Bauarbeiten durch eine von der Antragstellerin bestimmte entsprechend unterwiesene Person sicherzustellen, dass die Amphibien- bzw. Reptilienzaune unbeschädigt und in ihrer Funktion (z.B. durch niedrig gehaltenen Bewuchs entlang des Schutzzauns) nicht beeinträchtigt sind.

Es ist sicherzustellen, dass keine nachgewiesenen oder potentiellen Lebensstätten der Zauneidechse durch das Vorhaben (bspw. Überfahrung, Lagerung von Material usw.) beeinträchtigt oder zerstört werden. Sollten wider Erwarten Eingriffe in nachgewiesene und/ oder potentielle Lebensstätten der Zauneidechse erforderlich sein, ist die Baufeldfreimachung erst nach abgeschlossener Vergrämung zulässig. In diesem Fall ist ein entsprechendes Vergrämungskonzept einschl. eventuell erforderlicher CEF-Maßnahmen zur Abstimmung dem Landratsamt Heilbronn, SG 30.4 Naturschutz, vorzulegen.

Die als Überwinterungshabitate für Haselmaus vorgesehenen Totholz-/Reisighaufen sind im Zug der Rodungsmaßnahmen anzulegen, so dass diese bei der Vergrämung für die Haselmaus zur Verfügung stehen. Analog zu CEF-Maßnahme C2.

Zum Schutz der Amphibien ist der Eingriffsbereich rechtzeitig vor Beginn der Baufeldfreimachung spätestens vor Beginn der Laichzeit hinsichtlich vorhandener potentieller Laichgewässer zu prüfen. Gegebenenfalls ist zum Ausgleich die CEF-Maßnahme C3 (Bedarfsmaßnahme) anzulegen. Die Anlage der Ausgleichsmaßnahme ist rechtzeitig vor Beginn der Laichzeit vorzunehmen.

- 2.5.4 Die ÖBB hat sicherzustellen, dass die in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung, im Landschaftspflegerischen Begleitplan, dem kombinierten Umweltbeitrag sowie der FFH-Verträglichkeitsprüfung aufgeführten Maßnahmen eingehalten bzw. umgesetzt werden.

Vor Beginn der Bauarbeiten sind die für die jeweilige Tierart genannten Vermeidungs- oder Minimierungsmaßnahmen entsprechend umzusetzen.

Die ÖBB hat die natur- und artenschutzrechtlichen Maßnahmen innerhalb des Waldes im Vorfeld mit dem zuständigen Vertreter des Waldeigentümers (ForstBW) und mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Die ÖBB muss zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch den Antragsteller nachweislich vollumfängliche geeignete Befugnisse erhalten. Alle Maßnahmen sind von der ÖBB kontinuierlich zu begleiten und zu dokumentieren. Die Dokumentation hat schriftlich durch Photographien und kartographisch zu erfolgen.

- 2.5.5 Materialeinbau: Für die Wegebaumaßnahmen ist Naturschotter (laut Zertifikat) zu verwenden.

- 2.5.6 Sofern der Eintritt eines Verbotstatbestands nach § 44 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BNatSchG oder eines unzulässigen Eingriffs nach § 14 BNatSchG zu befürchten ist, ist für den betreffenden Bereich ein sofortiger Baustopp durch die ÖBB zu veranlassen und unverzüglich Kontakt zum Landratsamt Heilbronn, SG 30.4 Naturschutz, aufzunehmen.
- 2.6 Die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage bleibt gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 5 LVwVfG vorbehalten.

3. Gebühren

Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] festgesetzt. Die Gebühr ist unter Angabe des o.g. Kassenzeichens auf das Konto (IBAN: DE02 6005 0101 7495 5301 02) bei der Landesoberkasse Baden-Württemberg (BIC: SOLADEST600) zu überweisen.

Die Gebühr wird mit Bekanntgabe dieses Bescheids zur Zahlung fällig. Sofern sie nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet wird, werden Verzugszinsen erhoben.

BEGRÜNDUNG

4. Unterlagen (Antrag, Stellungnahmen, sonstiges)

Die Entscheidung ergeht unter Berücksichtigung folgender aufgelisteter Unterlagen:

- Antrag der Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH auf Waldumwandlungsgenehmigung nach §§ 9, 11 LWaldG vom 03.09.2024 inkl. Anlagen
- Umweltverträglichkeitsstudie mit integriertem Landschaftspflegerischen Begleitplan, Stand Juni 2023
- Nachforderungen zur Umweltverträglichkeitsstudie inkl. Landschaftspflegerischem Begleitplan, Stand Juli 2024
- Stellungnahme der unteren Forstbehörde beim Landratsamt Heilbronn vom 04.12.2024
- Stellungnahme des Bau- und Umweltamtes, Sachgebiet Naturschutz beim Landratsamt Heilbronn vom 21.11.2024, ergänzendes Schreiben vom 24.01.25

- Stellungnahme des Bau- und Umweltamtes, Sachgebiet Wasserrecht und Bodenschutz (Grundwasser und Altlasten) beim Landratsamt Heilbronn vom 09.12.2024
- Stellungnahme des Bau- und Umweltamtes, Sachgebiet Wasserrecht und Bodenschutz (Bodenschutz) beim Landratsamt Heilbronn vom 09.12.2024
- Zustimmung des Eigentümers zur Waldumwandlung vom 16.10.2023
- Zustimmungen des Waldeigentümers (Forst BW) zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen auf FSt. Nr. 715 (Gem. Zaberfeld) gemäß Antragsunterlagen vom 24.10.2024
- Zustimmung des Waldeigentümers (Gemeinde Obersulm) zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen auf FSt. Nr. 2100/1 (Gem. Obersulm) gemäß Antragsunterlagen vom 18.06.2024
- Aufforstungsgenehmigung der unteren Landwirtschaftsbehörde Heilbronn vom 12.11.2024
- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Landratsamtes Heilbronn für die Windenergieanlage IV Bretzfeld-Obersulm vom 01.10.2024.

5. Sachverhalt

Vorhaben

Die Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH beabsichtigt auf dem Grundstück Flst. Nr. 1088, Gemeinde Obersulm, Gemarkung Obersulm, eine Windenergieanlage „WEA IV“ zu errichten und zu betreiben. Für die vorgesehene Anlage vom Typ Nordex N 175/6.X TCS179 wird eine Nabenhöhe von 179 m bei einem Rotordurchmesser von 175 m sowie eine Nennleistung von 6.220 Kilowatt (kW) angegeben. Die Gesamthöhe der Anlage beträgt 267 m.

Die Anlage ergänzt den seit Anfang 2022 bestehenden Windpark Bretzfeld-Obersulm mit insgesamt drei Anlagen. Zwei der drei Anlagen stehen auf Gemarkung der Gemeinde Bretzfeld, eine auf Gemarkung der Gemeinde Obersulm.

Die Standorte der Windenergieanlage sowie die Zuwegung sind innerhalb von Waldflächen im Sinne des § 2 LWaldG vorgesehen, Flächeneigentümer der Waldflächen ist die Forst BW AöR, Tübingen.

Genehmigungsverfahren

Für die erforderlichen forstrechtlichen Genehmigungen im Bereich des Anlagenstandorts entfaltet das immissionsschutzrechtliche Verfahren nach §13 BImSchG eine

Konzentrationswirkung. Die entsprechende immissionsschutzrechtliche Genehmigung wurde am 01.10.2024 durch das Landratsamt Heilbronn erteilt.

Für die geplanten Waldinanspruchnahmen außerhalb des Anlagenstandortes, hier insbesondere für den Ausbau der Zuwegung (Verbreiterung von Wegen, Herstellung von Kurvenradien), ist als gesonderte Genehmigung eine Waldumwandlungsgenehmigung nach §§ 9 (dauerhafte Umwandlung) sowie 11 LWaldG (befristete Umwandlung) erforderlich.

Mit dem hier vorliegenden Antrag auf Waldumwandlung vom 03.09.2024, hat die Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH die dauerhafte Umwandlung einer 468 m² großen Waldfläche sowie die temporäre Umwandlung einer 653 m² großen Waldfläche für den externen Bereich (Zuwegung) beantragt.

Im Zuge des Ausbaus der Zuwegung sind zusätzliche Eingriffe im Sinne des Naturschutzrechts erforderlich (vgl. §§ 14, 15 BNatSchG). In Abstimmung mit der unteren Naturschutz-, Wasser- und Bodenschutzbehörde sowie der unteren Forstbehörde des Landkreises Heilbronn wurde die Antragsunterlagen geprüft. Die rechtliche Abarbeitung der Eingriffsregelung nach Naturschutzgesetz erfolgt über das Trägerverfahren der Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 17 BNatSchG.

Die geplante Zuwegung liegt innerhalb des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald. Für das Vorhaben ist gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung des Umweltministeriums über den Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ vom 21.06.1993, zuletzt geändert durch die Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Änderung der Verordnung über den Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ vom 31.08.2020, eine Erlaubnis der jeweils örtlich zuständigen unteren Naturschutzbehörde einzuholen. Da für das Vorhaben eine Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich ist, tritt an Stelle der Erlaubnis die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. Diese wurde am 24.01.2024 erteilt.

Die geplante Zuwegung liegt vollständig innerhalb des FFH-Gebiets „Löwensteiner und Heilbronner Berge“ (hier: Lebensraumtyp Hainsimsen-Buchenwald). Nach Aussage der unteren Naturschutzbehörde bestehen unter Einhaltung der aufgeführten Nebenbestimmungen keine Bedenken gegenüber dem geplanten Vorhaben.

Ein Teilstück der Zuwegung führt durch den äußeren Rand eines Regionalen Grünzuges. Da die geplante Zuwegung den Regionalen Grünzug lediglich tangiert, weiterhin weiträumige Waldflächen in unmittelbarer Umgebung bestehen bleiben, durch die sinnvolle Erweiterung des Bestandwindparks Eingriffe minimiert werden können und eine

teilräumliche Überlastung vermieden werden kann, ergeben sich laut Immissionschutzrechtlicher Genehmigung vom 01.10.2024 keine erheblichen Auswirkungen auf den Regionalen Grünzug.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Wasserschutzgebieten. Ein sehr kleiner Bereich von ca. 50 m des Weges (Nähe Flurstück 2711) liegt im fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzgebiet „WSG im Raum Löwenstein“ (125.101). Seitens der Behörde für Wasserrecht und Bodenschutz des Landratsamts Heilbronn bestehen aus fachtechnischer Sicht keine diesbezüglichen Anmerkungen oder Bedenken.

Das Waldbiotop „Hohlweg Dreispitz O Eichelberg“ liegt westlich angrenzend an die Eingriffsflächen für die geplante WEA IV bzw. den Zuwegungsbereich. Eingriffe in das Waldbiotop finden nicht statt.

Die geplante Ausgleichsfläche „Waldumbau“ auf FlSt. Nr 2001/1 befindet sich im Landschaftsschutzgebiet „Autal“. Die untere Naturschutzbehörde erteilt bei Einhaltung der aufgeführten Nebenbestimmungen ihr Einvernehmen zur Durchführung der geplanten Ausgleichsmaßnahme.

Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG

Für das Vorhaben wurde eine freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, wobei darin sowohl die Waldinanspruchnahmen am Anlagenstandort, als auch die der externen Zuwegung gesamthaft betrachtet wurden. Der vorliegende UVP-Bericht sowie die entsprechenden „Nachforderungen zur Umweltverträglichkeitsstudie inkl. Landschaftspflegerischem Begleitplan“ entsprechen den forst-rechtlich-/fachlichen Anforderungen.

Zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Das Landratsamt Heilbronn hat eine zusammenfassende Darstellung gemäß §§ 24 und 25 UVPG bzw. gemäß § 20 Abs. 1 a) und 1 b) der 9. BImSchV zu dem immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG erarbeitet.

Die Darstellung und Bewertung vom 01.10.2024 ist Bestandteil dieser Entscheidung.

Forstrechtlicher Ausgleich

Der forstrechtliche Ausgleich gemäß § 9 Abs. 3 LWaldG für die 468 m² große dauerhafte Waldumwandlung soll durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen (Ersatzaufforstung und Waldumbau) erbracht werden. Die Bewertung des Eingriffs und

die sich daraus ergebende Herleitung des Umfangs erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen erfolgten über waldbestandspezifische Ausgleichsfaktoren, gemäß der Handreichung zur Erstellung einer forstrechtlichen Eingriffs- und Ausgleichsbilanz der Landesforstverwaltung.

Die vorgelegte Eingriffsbilanzierung wurde von den zuständigen Fachbehörden geprüft und entspricht den forstfachlich/-rechtlichen Anforderungen.

Die festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen wurden zwischen dem Vorhabenträger und den Forstbehörden abgestimmt. Art und Umfang berücksichtigen die Größe und derzeitige Bestockung der beanspruchten Waldfläche sowie die standörtlichen Rahmenbedingungen. Aus Sicht der Forstverwaltung sind die Maßnahmen geeignet, das angestrebte Ziel eines forstrechtlichen Ausgleichs zu erreichen. Der forstrechtliche Ausgleichsbedarf wird durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vollumfänglich erfüllt.

6. Forstrechtliche Bewertung und Abwägung

Die forstrechtliche Entscheidung beruht auf §§ 9, 11 LWaldG. Danach darf Wald im Sinne des § 2 LWaldG nur mit Genehmigung der höheren Forstbehörde in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Bei der Entscheidung über den Umwandlungsantrag sind Rechte, Pflichten und wirtschaftliche Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Nach eingehender Prüfung der vorliegenden Unterlagen konnte dem Antrag der Firma Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens mit den unter Ziffer 2 ergangenen Nebenbestimmungen dieser Entscheidung stattgegeben werden.

Ausschlaggebende Gründe für die Entscheidung sind:

- Das Vorhaben dient der öffentlichen Stromversorgung mit erneuerbarer Energie aus Windkraft. Dies liegt im überragenden öffentlichen Interesse.
- Durch geeignete Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen werden die geplanten Eingriffe in den Wald auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.
- Die geplante Waldinanspruchnahme von 1.121 m² (468 m² dauerhaft; 653 m² befristet) für den Ausbau der Zuwegung zu der geplanten Windenergieanlage IV ist als vergleichsweise gering einzustufen.
- Laut Stellungnahmen der beteiligten Träger öffentlicher Belange bestehen aus Sicht des Naturschutzes, des Wasser- und Bodenschutzes keine Bedenken gegen die geplante Waldumwandlung.

- Die vorgeschlagenen forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sind aus Sicht der höheren Forstbehörde geeignet, die mit der Waldinanspruchnahme verbundene Beeinträchtigung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes vollständig auszugleichen.
- Die befristet umgewandelten Waldflächen sollen unverzüglich nach Ende der Bauphase ordnungsgemäß rekultiviert und wiederaufgeforstet werden.
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung der unteren Immissionsschutzbehörde hat ergeben, dass aufgrund des Vorhabens keine erheblichen Beeinträchtigungen für die Schutzgüter bestehen. Dies gilt auch für die forstfachlich-/ rechtlichen Belange.
- Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Landratsamtes Heilbronn vom 01.10.2024 für die Windenergieanlage IV Bretzfeld-Obersulm liegt vor.
- Andere öffentliche Interessen im Sinne von § 9 Abs. 2 LWaldG stehen der beantragten Waldinanspruchnahme nicht entgegen bzw. sind diese bei der Abwägung als nachrangig einzustufen.

Die in den Antragsunterlagen formulierten Interessen sind in der Gesamtabwägung mit dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung der insgesamt **1.121 m²** großen Waldfläche (**468 m²** dauerhafte und **653 m²** befristete Inanspruchnahme) als vorrangig einzustufen. Eine forstrechtliche Genehmigung ist jedoch nur unter Nebenbestimmungen möglich. Diese sind zur Gewährleistung der Genehmigungsvoraussetzungen geeignet, erforderlich und angemessen.

- Gemäß § 9 Abs. 5 LWaldG musste mit der Nebenbestimmung **2.1** eine Frist für die Durchführung der Genehmigung verfügt werden. Die Befristung ist so angemessen, dass innerhalb dieser Frist die genehmigte Waldinanspruchnahme begonnen werden kann. Zudem ist bei entsprechender Antragstellung eine Fristverlängerung möglich.
- Nach den Bestimmungen des Landeswaldgesetzes sind Waldbesitzer zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung ihres Waldes verpflichtet (§§ 1, 12 ff LWaldG). Darüber hinaus muss auch auf die Bewirtschaftung benachbarter Waldgrundstücke Rücksicht genommen werden (§ 27 LWaldG). Die Nebenbestimmung **2.2.** ist vor diesem Hintergrund erforderlich und angemessen und dient zusätzlich der Vollzugskontrolle.
- Die unter **2.3.** nach § 9 Abs. 3 LWaldG festgesetzten forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sind notwendig, um die mit der genehmigten Waldinanspruchnahme

verbundenen nachteiligen Wirkungen für die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes auszugleichen bzw. möglichst gering zu halten. Die Maßnahmen wurden vom Vorhabenträger vorgeschlagen. Ihr Ausmaß berücksichtigt Größe und Bestockung der beanspruchten Waldfläche sowie die standörtlichen Rahmenbedingungen des Eingriffsorts. Aus Sicht der Forstverwaltung sind die Maßnahmen geeignet, das angestrebte Ziel eines forstrechtlichen Ausgleichs zu erreichen. Um dies sicherzustellen, soll der Vollzug in Abstimmung mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde erfolgen. Die Ausführungsfrist ist ausreichend bemessen. Bei einer entsprechenden Antragstellung, inklusive plausibler Begründung, ist eine Fristverlängerung möglich.

- Nebenbestimmung **2.4.** ist erforderlich um sicherzustellen, dass die unter 1.2 bezeichneten, vorübergehend beanspruchten Waldflächen ordnungsgemäß rekultiviert und wiederaufgeforstet werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei nachfolgend aufgelistete Aspekte:

Nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 LWaldG muss die vorübergehend anderweitig genutzte Waldfläche innerhalb einer von der höheren Forstbehörde festzusetzenden Frist ordnungsgemäß rekultiviert und wiederaufgeforstet werden. Die in diesem Zusammenhang unter 2.4 verfügte Frist bezieht sich auf die vollständige Rekultivierung und Wiederbewaldung der genehmigten befristet umgewandelten Waldfläche. Bei einer entsprechenden Antragstellung, inklusive plausibler Begründung, ist eine Fristverlängerung möglich. Die dargestellten Mindestanforderungen an die Art und Weise der Rekultivierung entsprechen dem aktuellen Rekultivierungsstandard. Deren Einhaltung ist unter heutigen Gesichtspunkten Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wiederbewaldung. Vor diesem Hintergrund sind die diesbezüglichen Festsetzungen geeignet, erforderlich und angemessen.

- Rechtliche Vorgaben, welche über das Forstrecht hinausgehen, sind zu beachten. Daher wurden entsprechend der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde die Nebenbestimmungen unter **2.5** aufgenommen.
- Entsprechend **2.6.** bleibt die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage vorbehalten. Dieser Auflagenvorbehalt ist notwendig, um die nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 LWaldG geforderte ordnungsgemäße Rekultivierung und Wiederbewaldung zu erreichen. Darüber hinaus ist der Auflagenvorbehalt im Hinblick auf die Zielerreichung der nach § 9 Abs. 3 LWaldG festgesetzten forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahme erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vorschriften des Landeswaldgesetzes eingehalten werden.

7. Begründung Gebühren

Die Gebührenentscheidung beruht auf § 7 Landesgebührengesetz (LGebG).

Die Gebührenfestsetzung richtet sich nach § 4 Abs. 2 LGebG i.V.m. § 1 Abs. 1 der Gebührenverordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden in seinem Geschäftsbereich (Gebührenverordnung MLR - GebVO MLR) vom 11.12.2018 i.V.m. Ziffer 17.1.2 und 17.2 des Gebührenverzeichnisses (GebVerz MLR).

8. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
Postfach 103264
68032 Mannheim

Klage erhoben werden.

9. HINWEISE

9.1 Forstrechtliche Entscheidung

Die forstrechtliche Genehmigung ersetzt nicht die zur Durchführung des Umwandlungszwecks gegebenenfalls nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen. Diese sind Gegenstand eigener Verfahren und als solche bei der jeweils zuständigen Behörde separat zu beantragen.

9.2 Forstrechtlicher Ausgleich

Für die festgesetzten forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen dürfen keine öffentlichen Fördermittel in Anspruch genommen werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Anrechnung der Maßnahmen als forstrechtlicher Ausgleich im Sinne von § 9 Abs. 3 LWaldG.

9.3 Forstrechtliche Rekultivierung

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Rekultivierungsarbeiten und Wiederaufforstung nach dem Stand der Technik ist der Vorhabenträger bzw. sein Rechtsnachfolger verantwortlich.

9.4 Naturschutz

Die Waldumwandlungsgenehmigung schließt die gemäß § 15 BNatSchG erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen zur Verwirklichung des beantragten Vorhabens (hier: Zuwegung Windenergieanlage "WEA IV Bretzfeld-Obersulm") gemäß § 17 BNatSchG im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamte Heilbronn mit ein.

Für Pflanzungen (Saaten) darf nur standörtlich geeignetes sowie herkunftsgesichertes Vermehrungsgut (gebietseigenes Vermehrungsgut) verwendet werden.

Nach Abschluss der Bauarbeiten bzw. bei anlassbezogenen Maßnahmen ist dem Landratsamt Heilbronn, SG 30.4 Naturschutz, ein Bericht der ÖBB vorzulegen. Im Bericht sind insbesondere die Zeitpunkte der Überwachung sowie die durchgeführten Maßnahmen und festgestellten Ergebnisse aufzuführen.

Der unteren Naturschutzbehörde (naturschutz@landratsamt-heilbronn.de) ist nachzuweisen, dass die Ausgleichsmaßnahme 1 auf Flurstück 2100/2 Obersulm-Willsbach (Waldumbau) durchgeführt wurde.

Die Kompensationsmaßnahmen sind nach Abschluss der Bauarbeiten, spätestens jedoch zwei Jahre nach Beginn der Baumaßnahme (WEA IV) im Herbst zu erledigen. Sie sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Während der Aufwuchsphase sind eventuelle Ausfälle durch gleichartige Pflanzen zu ersetzen.

Das Vorhaben wird nach den Regelungen der Kompensationsverzeichnis-Verordnung in das öffentlich einsehbare Kompensationsverzeichnis aufgenommen. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.lubw.bwl.de/servlet/is/71791/>.

9.5 Bodenschutz

Die Umsetzung von Vorhaben hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Bodenschutz zu erfolgen. Auf die DIN 19639 „Bodenschutz bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ sowie die DIN 19731 „Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial“ wird hingewiesen.

Baubedingte Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden sind zu minimieren und es ist ein möglichst schonender Umgang mit der Materie zu gewährleisten.

Eine möglichst hochwertige Verwendung des Bodenmaterials ist anzustreben. Oberboden, der bei den Baumaßnahmen anfällt, ist gesondert von tieferen Bodenschichten abzuheben und zu lagern. Er ist in kulturfähigem, biologisch-aktivem Zustand zu erhalten und zur Rekultivierung und Bodenverbesserung zu verwenden (siehe § 202 BauGB). Notwendige Bodenarbeiten sind schonend und unter sorgfältiger Trennung von Oberboden und Unterboden durchzuführen. Als Zwischenlager sind Bodenmieten vorzusehen, die den Erhalt der Bodenfunktionen nach § 1 BBodSchG gewährleisten.

Bodenverdichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden. Entstandene Bodenverdichtungen sind nach Abschluss der Bautätigkeit aufzulockern.

9.6 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt gemäß § 83 Abs. 3 bzw. § 84 Abs. 2 LWaldG, wer gegen Bestimmungen dieser Entscheidung verstößt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500 €, in besonders schweren Fällen bis zu 10.000 € geahndet werden.

9.7 Rechte Dritter

Die forstrechtliche Genehmigung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter. Insbesondere schließt sie nicht die Erlaubnis zur Benutzung fremder Grundstücke mit ein.

Eine Mehrfertigung dieses Bescheides erhalten per E-Mail:

- Landratsamt Heilbronn (untere Forst-, untere Immissionsschutzbehörde, Naturschutz-, Bodenschutz-, und Wasserschutzbehörde)
- Regierungspräsidium Stuttgart, Stabstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz

Mit freundlichen Grüßen

gez. 

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten finden Sie auf unserer Internetseite Datenschutzerklärungen unter dem Titel:

[A-01: Datenschutzerklärung zur Verwaltungstätigkeit der Regierungspräsidien \(pdf, 511 KB\)](#)

[8-01F: Wahrnehmung forstrechtlicher Aufgaben durch die Abteilung 8 \(pdf, 258 KB\)](#)

Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.